



ELTERNKAMMER HAMBURG

Geschäftsstelle p.A. BSB
 Hamburger Str. 31
 22083 Hamburg
 ☎ 4 28 63-35 27
 FAX 4 28 63-47 06
 e-mail: info@elternkammer-hamburg.de
 http://www.elternkammer-hamburg.de

Die Elternkammer beschließt in ihrer Sitzung am 29.09.2009 nachfolgende Stellungnahme:

Nach der von der Elternkammer Hamburger im Juni 2009 veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema "2010 - Abitur des Doppeljahrgangs", an der Vertreter der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Behörde Wissenschaft und Forschung, der Universität Hamburg, der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Handelskammer und der Handwerkskammer beteiligt waren, steht zur Überzeugung der Elternkammer fest,

- dass zu wenig Vorsorge für die Abiturienten der nächsten Jahre getroffen wurde und
- dringender Handlungsbedarf besteht:

Im Juli 2010 werden mindestens 5000 zusätzliche Abiturienten in Hamburg die Gymnasien verlassen, weil der erste G8-Jahrgang zusammen mit dem letzten G9-Jahrgang die Schulzeit abschließt. Sollte, wie aus Presseberichten zu erfahren ist, 2010 sogar mit ca. 14.000 Abiturienten zu rechnen sein, weil bei den bisherigen Hochrechnungen u. a. berufliche Gymnasien behördlich nicht erfasst waren, wird sogar mit rd. 7.500 zusätzlichen Abiturienten zu rechnen sein.

Hinzu kommt, dass die Abiturienten der Jahre 2011 bis 2013 noch schlechtere Studienbedingungen haben werden als die des Doppeljahrgangs 2010: im Jahre 2011 folgt der Doppeljahrgang in Niedersachsen mit rd. 26.000 zusätzlichen Abiturienten und Niedersachsen ist ein sog. Abwanderungsland, d. h. seine Abiturienten wandern in erheblichem Maße in die umliegenden Metropolen Berlin, Hamburg und Bremen ab. Es ist also auch 2011 mit mindestens 6000 bis 8000 zusätzlichen Studienbewerbern in Hamburg zu rechnen. 2012 wird Niedersachsen zwar keinen weiteren Doppeljahrgang haben, aber erneut hohe Abiturientenzahlen (rd. 45.500), die aber 2012 kaum in Richtung Berlin und Bremen abwandern können, weil in Bremen und Berlin und in Brandenburg der Doppeljahrgang dieser Länder folgt. Es wird daher auch 2012 in Hamburg aus Niedersachsen (und aus Brandenburg) mit einer erheblichen Zahl von zusätzlichen Studienbewerbern zu rechnen sein. 2013 folgt dann der Doppeljahrgang in Nordrhein-Westfalen mit über 56.000 zusätzlichen Abiturienten. Die Auswirkungen werden auch in Hamburg zu spüren sein.

Bei dieser Sachlage kann nicht hingenommen werden, dass die Behörde für Schule und Berufsbildung schlicht darauf verweist, dass die Studierwilligen in die östlichen Bundesländer gehen mögen; einen Anspruch auf einen Studienplatz in Hamburg hätten sie nicht.

Letzteres ist ebenso richtig wie die Tatsache, dass in den östlichen Bundesländern die Schülerzahlen stark zurückgegangen und Studienplätze in vielen Fachbereichen zu finden sind.

Es ist aber ungenügend, sich damit zu begnügen, von den Abiturienten der nächsten Jahre Mobilität zu fordern, da diese Mobilität eine finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern voraussetzt und damit Hürden errichtet werden, die nicht akzeptabel sind.

Trotz gebetsmühlenartigen Beteuerungen, das Studium in den benachbarten Bundesländern sei nicht teurer als das in Hamburg sieht die Wirklichkeit anders aus.

Wird daher von den Studienanfängern Mobilität gefordert, so sind diese finanziell zu unterstützen. Wo die notwendige finanzielle Leistungskraft der Eltern fehlt, sind zumindest für die Jahre der Doppeljahrgänge zusätzliche finanzielle Leistungen notwendig.

ST 588-1 vom 29.09.2009 zum Thema „2010 – Abitur des Doppeljahrgangs“

Die Elternkammer fordert daher, die Hamburger Studienanfänger, die nicht in Hamburg studieren werden, mit einer Länderregelung bei der Finanzierung ihres Studiums zu unterstützen, indem die Beträge für die Unterkunftskosten von derzeit maximal 218,00 € um mindestens 150,00 € erhöht werden, die Rückzahlung des Bafög erleichtert und eine künftige Rückforderung in Höhe der gewährten Unterkunftskosten gänzlich unterbleibt.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, insoweit über den Bundesrat initiativ zu werden.

Der Senat wird weiter aufgefordert, endlich verlässliche Angaben zur Anzahl der Schulabsolventen und Schulabsolventinnen für das Jahr 2010 zu machen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Zahlen um über 3000 schwanken.

Zudem erscheint es weiter geboten, zusätzliche Studienplätze im Mindestumfang von 2000 für die Zeit ab 2010 einzurichten.

Erklärtes Ziel ist ohnehin die mittelfristige Steigerung der Studierendenzahlen und Hamburg kann es sich nicht leisten, potentielle Studenten zu verlieren. Die Einrichtung dieser zusätzlichen Studienplätze ist daher eine notwendige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Nur wenn es den Hamburger Abiturienten in den nächsten Jahren faktisch und finanziell ermöglicht wird, direkt im Anschluss an die Schule einen Studienplatz zu erhalten, kann ausgeschlossen werden, dass es auf dem dualen Ausbildungsmarkt ab 2010 zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Schulabsolventinnen und -absolventen mit einem Mittleren Abschluss und einem Hauptschulabschluss kommt, der sozialpolitisch unerträglich wäre.

Schließlich wird die Behörde für Schule und Berufsbildung aufgefordert, den Schulen unverzüglich und für die nächsten Jahre in der Studien- und Ausbildungsberatung eine Unterstützung durch Externe zu verschaffen, die in den Schulen Beratungsstunden anbieten.

Es ist nicht erkennbar, dass die Behörde in den Schulen mit Rücksicht auf den Doppeljahrgang mehr oder intensive Beratungen, etwa mit Hilfe von Präsentationen, anbietet. Hier ist dringender Korrekturbedarf gegeben.